

## Offener Brief des Bündnisses für eine vollständige Renaturierung der Ilmaue auf dem ehemaligen EOW-Gelände

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kleine,  
sehr geehrte Frau Dezernentin Dr. Kolb,

vor gut einem Monat schrieb das Handelsblatt: "Die Politik muss beim Klimaschutz nachbessern, um die Freiheitsrechte künftiger Generationen zu schützen." Die Karlsruher Richter verpflichten den Bund als Gesetzgeber, bis Ende 2022 die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen für die Zeit nach 2030 näher zu regeln. Die Richter erklärten, dass die teils noch sehr jungen Beschwerdeführenden durch Regelungen in dem derzeitigen Klimaschutzgesetz in ihren Freiheitsrechten verletzt seien. „Die Vorschriften verschieben hohe Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030.“ Wenn das CO<sub>2</sub>-Budget schon bis zum Jahr 2030 umfangreich verbraucht werde, verschärfe dies das Risiko „schwerwiegender Freiheits einbußen“, weil die Zeitspanne für technische und soziale Entwicklungen knapper werde. Einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur wie geplant auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, sei dann nur mit immer dringenderen und kurzfristigeren Maßnahmen machbar. „Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten ist praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht sind“, heißt es in der Erklärung des obersten deutschen Gerichts. Zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit hätte der Gesetzgeber Vorkehrungen treffen müssen, „um diese hohen Lasten abzumildern“. Es fehle bislang an „Vorkehrungen zur Gewährleistung eines freiheitsschonenden Übergangs in die Klimaneutralität“.

Sie werden sich fragen, was das Klimaschutzgesetz des Bundes mit der Stadt Weimar zu tun hat. Vor knapp 30 Jahren hat sich der Stadtrat von Weimar dazu entschlossen, ein Industriegebiet für die natürliche Entwicklung der Ilmaue in Oberweimar/Ehringsdorf aufzugeben. Dem Beschluss ging eine nicht minder intensiv geführte Debatte in der Weimarer Bürgerschaft voraus. Doch die Argumente für einen qualifizierten Hochwasserschutz durch den vollständigen Rückbau der Gebäude und der damit einhergehenden Renaturierung haben die damaligen Entscheidungsträger\*innen überzeugt. Diese Überzeugung hat bei vielen Bürger\*innen bis heute Bestand, denn alle planerischen Entwicklungsziele und die bereits umgesetzten Projekte für das Gebiet orientieren sich an der vollständigen Renaturierung. Vor dem Hintergrund des aktuellen Diskurses zum Klimaschutzgesetz war die Entscheidung des damaligen Stadtrates geradezu wegweisend. Sie war visionär und doch nah an der Realität, denn nur wenige Jahre später suchten mehrere Hochwasserereignisse die Ortsteile Ehringsdorf und Oberweimar heim.

Als Entscheidungsträger\*in für diese Stadt sollte es Ihnen zu denken geben, wenn sich ein Bündnis aus den Umwelt- und Naturschutzverbänden BUND, NABU, GRÜNE LIGA, der Fridays for Future Bewegung, dem Naturschutzbeirat der Stadt Weimar und den Parteien Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und die SPD so deutlich und so stark für ein Naturschutzprojekt in Weimar aussprechen. 1658 Menschen - davon mehr als 2/3 aus Weimar haben die Landtagspetition zur vollständigen Renaturierung der Ilmaue auf dem ehemaligen EOW-Gelände gezeichnet. Sie ist eine Chance, mit den Bürger\*innen dieser Stadt ins Gespräch zu kommen. Insbesondere der erfolgreiche Abschluss der Petition bietet die Chance, gemeinsam mit dem Land eine Lösung für das Vorhaben zur vollständigen Renaturierung der Ilmaue zu erarbeiten. "Kommunale Selbstverwaltung" heißt auch in Verantwortung für alle Bewohner\*innen dieser Stadt zu entscheiden - egal welcher Generation sie angehören. Mit der Petition nehmen das Bündnis und die Unterzeichner\*innen die Verantwortung für Weimar wahr.

Mit der Äußerung im letzten Rathauskurier, das „Angebot eines einheimischen Planungsbüros“ liefere „erstmalig realistische Perspektiven: für Hochwasserschutz, Arten- und Naturschutz, Luftzirkulation, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung“, werden alle Perspektiven und Planungen der Stadt Weimar und des Landes Thüringen in den vergangenen 30 Jahren durchweg als unrealistisch und in Frage gestellt. Für zahlreiche Fachleute (auch in der Stadtverwaltung) aus den Bereichen des Arten-, Natur- und Hochwasserschutzes sowie der Stadt- und Regionalplanung bleibt die vollständige Renaturierung die einzig richtige Entscheidung im Fall des EOW-Geländes und ist als Ziel in circa 10 bis 15 Jahren erreichbar. Mit den Aufgaben des Hochwasserschutzes sind in erster Linie der Schutz von Menschen und der von Menschen geschaffenen Sachwerte verbunden. Versicherungen beklagen weltweit eine rasante Zunahme von materiellen Schäden. Auch für den Standort EOW (Hochwasserschutzgebiet) empfiehlt deshalb das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten von einer weiteren (hochwertigen) Nutzung abzusehen. Bei der jetzt vorgesehenen Nachnutzung wird billigend ein volkswirtschaftlicher Schaden durch eine Naturkatastrophe akzeptiert. Dieses Gutachten, die klare Stellungnahme des Naturschutzbeirates und die Landtagspetition für eine vollständige Renaturierung finden im letzten Rathauskurier keine Erwähnung. Das können wir nur als bewusstes Verschweigen von Fakten bewerten. Die Bürger\*innen Weimars und Leser\*innen des Amtsblattes haben Anspruch auf eine ausgewogene Information und Darstellung inhaltlicher Sachverhalte.

Das Vorhaben einer Verpachtung für 66 Jahre bedeutet, dass private Investitionen in Millionenhöhe in ein hochgradig hochwassergefährdetes Grundstück gelenkt werden. Nach 66 Jahren müsste die Stadt die Wertsteigerung des Grundstückes bezahlen, um die Erbpacht rückfallen zu lassen. Wir sehen es als unverantwortlich, diese Kosten unseren Kindeskindern zu übertragen. So verbaut man ihre Zukunft im geradezu wörtlichen Sinn. Vor dem Hintergrund, dass die Öffentlichkeit in den vergangenen 30 Jahren einen zweistelligen Millionenbetrag in den Erwerb des Grundstückes und etwa 50 % der Renaturierung investiert hat, ist der Vorschlag, das zentrale Gebäude im Gegenzug für Abrissarbeiten im Wert von ca. 1 Million Euro

an den Investor zu übertragen, ein Geschäft, das auf dem Rücken der nachfolgenden Generationen abgeschlossen wird.

Die Sanierungswürdigkeit des Hauptgebäudes ist nicht nachgewiesen und zu hinterfragen. Seit 2009 wurde es mit einem negativen Wert im Anlagevermögen der Stadt Weimar bewertet. Bereits vor 1989 standen für den Altbau keine wesentlichen Investitionsmittel zur Verfügung, seit über 40 Jahren wurden lediglich Notreparaturen durchgeführt. Der aktuelle Zustand des Gebäudes lässt einen hohen Instandhaltungs- und Modernisierungstau und somit einen unverhältnismäßig hohen Sanierungsaufwand erwarten. Der Verbrauch an energetischen Ressourcen für die Sanierung steht in keinem Verhältnis zur vorhandenen "grauen Energie". Das Altgebäude wird nur benötigt, um den Bestandsschutz am Standort im Hochwasserschutzgebiet überhaupt aufrecht zu erhalten.

Eine schnelle Übertragung des Gebietes an den Investor ohne vorgeschalteten Ausschreibungswettbewerb ist zu verhindern. Jetzt übereilt Fakten zu schaffen, um die Verpachtung noch vor Abschluss des Petitionsverfahrens durchzusetzen, verhindert die schnelle Renaturierung und missachtet alle ökologischen Argumente. Der Nutzungsentwurf dieser Firma, mit mehreren Wohnungen im Dachgeschoss des auszubauenden Gebäudes ist keine alternative Möglichkeit, die Renaturierung zu beschleunigen.

In einer Stadt mit einer Bauhaus-Universität und zahlreichen Planungs- und Architekturbüros können sich nach einer Diskussion mit der Weimarer Öffentlichkeit und Experten im Umweltbereich deutlich bessere Lösungen finden. Die Stadt sollte die beste Lösung für die Umwelt und das Gebiet suchen und berücksichtigen. Über 100 Fachleute aus Architektur, Landschaftsarchitektur und Städtebau haben die Petition zur vollständigen Renaturierung des EOW-Geländes unterzeichnet. Sie und weitere Unterzeichner\*innen der Petition sehen eine große Chance, über die Realisierung und Finanzierung dieses Vorhabens mit der Landesregierung ins Gespräch zu kommen und nach Lösungswegen zu suchen. Vor der Anhörung im Petitionsausschuss des Thüringer Landtages soll keine Entscheidung gegen die vollständige Renaturierung beschlossen werden.

Sehr geehrter Herr Kleine, sehr geehrte Frau Dr. Kolb, nutzen Sie jetzt die Chance: Gehen Sie mit allen interessierten Bürger\*innen Weimars und dem Land Thüringen in den Diskurs. Lassen Sie uns gemeinsam nach einer Lösung suchen, wie die vollständige Renaturierung des ehemaligen EOW-Geländes schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes: Wir sind die Generation, die jetzt für die kommenden Generationen in der Verantwortung steht. Nehmen wir sie wahr.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) - Kreisverband Weimar e.V.

GRÜNE LIGA - Netzwerk ökologischer Bewegungen – Region Weimar e.V.

Naturschutzbund (NABU) - Regionalverband Weimar/Apolda e.V.

Fridays for Future Bewegung

Naturschutzbeirat der Stadt Weimar